

Was Deutschland für den Frieden tun muss

Frieden im Ausland fördern



Laut der Nachhaltigkeitsagenda sollen „alle Formen der Gewalt deutlich verringert“ werden. Dieses Ziel hat auch die Bundesregierung: Sie will laut ihrer „Nachhaltigkeitsstrategie“ zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda „Mechanismen für eine friedliche Austragung von Konflikten“ schaffen und „zivile Krisenprävention“ stärken. Das ist folgerichtig, denn der Zivile Friedensdienst und andere Instrumente der deutschen Friedensförderung sind effektiv und haben im Ausland einen guten Ruf.

Doch es mangelt an konkreten Zusagen – im Gegenteil: Im Bundeshaushalt waren 2017 lediglich 8,5 Mrd. Euro für das Entwicklungsministerium und 5,2 Mrd. Euro für das Auswärtige Amt vorgesehen. Mit rund 37 Mrd. Euro kann hingegen das Verteidigungsministerium rechnen.

Deshalb:

Der Zivile Friedensdienst und andere Programme der Friedensförderung sind wichtige Bestandteile der deutschen Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda. Deshalb muss Deutschland die eigenen Instrumente der Friedensförderung, aber auch entsprechende Programme und Institutionen der Europäischen Union, der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen ausbauen.

Gewalt in Deutschland angehen



Die Nachhaltigkeitsagenda will „sichere und inklusive Städte und Kommunen“ für alle Menschen. Das gilt auch für Deutschland. Zwar ist Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern ein friedliches Land. Doch auch Deutschland kennt Konflikte:

Die wachsende Gewalt gegen Geflüchtete sowie die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und Radikalisierungstendenzen zeigen, dass auch in unserem Land verstärkte Anstrengungen für eine friedliche und inklusive Gesellschaft notwendig sind. Außerdem gibt es die tagtägliche Gewalt gegen Frauen, auf Schulhöfen oder im Internet.

Deshalb:

Frieden muss im Sinne der Nachhaltigkeitsagenda auch in Deutschland gefördert werden: mit kommunaler Konfliktbearbeitung und anderen Werkzeugen der Konflikttransformation. Aber auch mit Chancengleichheit in Bildung und Beruf, mit Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt, mit Friedensbildung und Friedensforschung an Schulen und Universitäten, mit einer Messung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland und mit Präventionsarbeit gegen politischen und religiösen Extremismus.

Rüstungsexporte minimieren



Die Nachhaltigkeitsagenda fordert eine deutliche Verringerung des illegalen Waffenhandels. Die Bundesregierung versprach dafür „aktiv die Umsetzung des Vertrags über den Waffenhandel“ zu unterstützen und „besonders strenge Maßstäbe für die Genehmigung von Kleinwaffenexporten in Länder außerhalb der NATO und EU“ anzusetzen.

De facto gehört Deutschland noch immer zu den größten Rüstungsexporteurern weltweit. Zu den Kunden zählen weiterhin Länder wie Saudi-Arabien, Ägypten oder Katar, die weder besagten Vertrag über den Waffenhandel unterzeichnet haben noch Mitglieder der NATO oder der EU sind. Alle drei Länder führen Krieg im Jemen und sind für Menschenrechtsverletzungen bekannt.

Deshalb:

Deutschland muss seine Rüstungsexporte drastisch einschränken: Deutsche Waffen werden in Kriegs- und Krisengebieten gegen Zivilisten eingesetzt und führen so zu Flucht und Vertreibung. Das steht im fundamentalen Gegensatz zur globalen Nachhaltigkeitsagenda und den Versprechungen der Bundesregierung zu ihrer Umsetzung.

Abrüstung vorantreiben



Die Vereinten Nationen beklagen die hohen Rüstungsausgaben weltweit, die zu Lasten nachhaltiger Entwicklung gehen. Auch Deutschland gibt immer mehr Steuergelder für sein Militär aus. Aktuell sind es 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Geht es nach der NATO, sollen es sogar 2,0 Prozent des BIP werden.

In öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, also den Kampf gegen Armut, Hunger und Kriege, investiert Deutschland hingegen nur 0,7 Prozent seines Bruttonationaleinkommens, und selbst diese Zahl ist geschönt: Denn Deutschland rechnet in diese Quote auch Kosten ein, die durch die Unterbringung von Geflüchteten in Deutschland selbst entstehen. Der tatsächliche Beitrag zur ODA-Quote beträgt lediglich 0,52 Prozent.

Deshalb:

Studien belegen, dass Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit effizienter und kostengünstiger sind als Militäreinsätze. Statt militärisch auf Konflikte zu reagieren, müssen diese proaktiv verhindert werden. Deutschland sollte daher mit seinen finanziellen Mitteln die Ursachen von Flucht wie Perspektivlosigkeit, Hunger, Armut, Konflikte und Kriege beseitigen und nicht Teil der weltweiten Aufrüstungsdynamik werden.